

Gegen den Opernball 2006

Rede der Gruppe dissident auf der Demonstration gegen den Opernball 2006 in Frankfurt, 25.02.2006.

In ihrer Neujahrsansprache forderte Bundeskanzlerin Merkel die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik auf, sich jeweils eines ihrer Probleme vorzunehmen und zu lösen. Wir sollen uns aktivieren, aufhören unsere schlechten Lebensumstände zu bejammern und anfangen unser Leben zu gestalten. Wir sollen bei Gesundheitsvorsorge und Rente mehr Eigenverantwortung zeigen, damit die Lohnnebenkosten gesenkt werden können.

Dieser Appell ist keine Freiheit von den Zwängen des alten Sozialstaates. Er zwingt uns die durch Angriffe des Kapitals forcierte Unsicherheit in unseren Lebens- und Arbeitsbedingungen selbst aufzufangen. Parallel dazu trichtert uns die "Du bist Deutschland" Kampagne seit Ende vergangenen Jahres ein: "Behandle dein Land doch einfach wie einen guten Freund". Wir alle sollen also aktiv werden. Aktiv für den Standort Deutschland, der sich im internationalen Wettbewerb mit anderen Standorten in Europa, Asien und den USA befände. Mit solchen Kampagnen soll der Eindruck erweckt werden, es gäbe ein gemeinsames Interesse "aller Deutschen" am Erfolg transnationaler Konzerne, die ihren Sitz in der Bundesrepublik haben. Für deren Gewinne sollen wir "von der Bremse runtergehen", wie es an anderer Stelle in Spots der Kampagne heißt. Schließlich, so der neoliberale Mainstream, hätten wir alle etwas davon, wenn es dem Standort Deutschland gut geht. Höhere Unternehmensgewinne würden Arbeitsplätze schaffen oder zumindest die noch existierenden sichern. Dementsprechend werden die Menschen in diesem Land dazu verdammt, immer größere soziale Schweinereien hinzunehmen. Ausweitung der Arbeitszeit, eine Verschärfung des Arbeitszwanges und immer größere Zugeständnisse bei den Löhnen und Gehältern fördern im Rahmen der Standortideologie den Erfolg eines "Modell Deutschlands". Verbunden mit direkter Erpressung von Beschäftigten in den unterschiedlichsten Branchen hat diese Ideologie leider immer größeren Erfolg und schafft es, die noch existierenden Abwehrkämpfe von Belegschaften und sozialen Bewegungen gesellschaftlich zu isolieren.

Dabei müsste dieses Konzept an den eigenen Widersprüchen scheitern. Über 25 Jahre Standortrethorik und Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme konnten die von ihnen gegebenen Versprechen von Arbeitsplatzsicherheit und dem Ausbau von Freiheit in der Gesellschaft keinesfalls halten. Für die Beschäftigten bspw. bei der Telekom und bei VW muss es derzeit wie Hohn klingen, wenn behauptet wird höhere Unternehmensgewinne würden zu sicheren Arbeitsplätzen führen. Trotz guter Gewinne im vergangenen Jahr und aller Zugeständnisse der Vergangenheit drohen beide Unternehmen mit Arbeitsplatzabbau in gewaltigem Ausmaß: die Telekom will 30.000 Stellen abbauen und VW überlegt Komponentenwerke wie Baunatal und Salzgitter zu schließen. Und auch der Ausbau von Freiheiten hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Die vermeintliche Freiheit durch den Rückbau des Sozialstaates hat nur die Unsicherheit in Arbeits- und Lebensverhältnissen gebracht. Von uns wird eine Flexibilität gefordert, die keinerlei Rücksichten auf Beziehungen, Freundschaften und freie Wahl des Wohnortes mehr nimmt, sondern verlangt sich den Erfordernissen der Wirtschaft anzupassen. Durch die Befristung von Arbeitsverhältnissen wird es unmöglich, sein weiteres Leben zu planen, da niemand mehr weiß, ob er nächstes Jahr noch Arbeit hat. Und schließlich die offensichtliche Beschneidung der Freiheit von Erwerbslosen durch die Hartz IV Gesetze. Spätestens hier wird offensichtlich, dass es bei dem Gerede über Freiheit nie um die Freiheit von Lohnabhängigen, sondern nur um die Freiheit ging diese noch effektiver ausbeuten zu können.

Hintergrund dieser Entwicklungen ist die Transformation des alten Sozialstaates, der vor

allem den Klassenkompromiss nach 1945 garantieren sollte, in einen Wettbewerbsstaat. Dessen Aufgabe ist es den international operierenden Kapital durch die Bereitstellung von Infrastruktur und gut ausgebildeten Arbeitskräften bestmögliche Verwertungsbedingungen zu bieten. Für die Konkurrenz mit anderen Wettbewerbsstaaten muss er die Bevölkerung zu immer größeren Zugeständnissen zwingen bzw. überzeugen, dass diese sinnvoll sind. Zu diesem Zweck wird auf den bereits beschriebenen Mix aus Standortdiskursen und Repression zurückgegriffen. Der Staatsapparat versucht seine Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren, zu eigenständig im Sinne des Standorts funktionierenden Ich-AGs zu machen.

Menschen sind jedoch keine Ich-AGs. Sie sind nicht automatisch die Ware Arbeitskraft, von der Marx im Kapital spricht, sondern müssen im Verwertungsprozeß dazu gemacht werden. Und wie derzeit deutlich wird, bricht der Widerstand dagegen immer wieder auf. So scheint die Bundesrepublik eine Renaissance der ArbeiterInnenbewegung zu erleben. Parallel haben sich verschiedene Streiks entzündet: Bei AEG streiken die ArbeiterInnen gegen ihren Absturz in Hartz IV, bei Gate Gourmet streiken die ArbeiterInnen für ihre Würde am Arbeitsplatz, im öffentlichen Dienst streikt ver.di gegen eine Verlängerung der Arbeitszeiten ohne vollen Lohnausgleich und im März steht die erste Metall-Tarifrunde an, in der alles auf Konflikt eingestellt ist. All diesen Kämpfen ist gemeinsam, dass die ArbeiterInnen und Angestellten trotz aller Standortrhetorik keine Zugeständnisse mehr machen wollen. Sie weigern sich ihre Bedürfnisse länger der Verwertungslogik völlig unterzuordnen. Das heißt keineswegs, dass sie nicht anfällig wären für Einbindungsversuche durch Parteien, Gewerkschaftsapparate und deren nationalistische Konzepte. Aber sie bilden eine Grenze für eine weitere Ausweitung der Warenlogik auf alle Lebensbereiche. Ihre Kämpfe haben einen hohen symbolischen Charakter und werden stellvertretend für große Teile der Lohnabhängigen geführt. Bei AEG und Gate Gourmet entscheidet sich, ob sich Beschäftigte gegen die Zumutung ihrer Unternehmensleitungen zu wehr setzen können. Beim Streik im öffentlichen Dienst geht es um die Frage unserer Arbeitszeit. Müssen wir demnächst mehr als 40h arbeiten oder bleibt die Chance auf eine Verkürzung der Arbeitszeit erhalten? Außerdem wird sich nach dem Einsatz von 1-Euro Jobbern als StreikbrecherInnen in diesem Streik entscheiden, ob die Erpressung der Noch-Beschäftigten durch Hartz IV mit Gewinn des Kampfes zumindest vermindert werden kann. In der Metall Tarifrunde schließlich entscheidet sich, ob nach der Niederlage um die 35h-Woche ein wenigstens geringer Fortschritt bei den Reallöhnen erreichbar ist, oder ob die Abwärtsspirale für die nächsten Jahre festgelegt wird.

Wegen des hohen symbolischen Gehalts, den diese Kämpfe haben, gilt ihnen unsere Solidarität. Auch wer nicht mit dem politischen Kurs hiesiger Gewerkschaften einverstanden ist, muss anerkennen, dass die Lohnabhängigen nur in solchen Auseinandersetzungen ihren Glauben an eine Umgestaltung der Verhältnisse zurückgewinnen können. Ohne Widerstandserfahrungen aus solchen Kämpfen und der damit verbundenen Stärkung der sozialen Bewegung ist eine Mehrheit für ein Projekt, in dem die Bedürfnisse der Menschen die Ziele der Produktion bestimmen und nicht mehr die Produktion die Ziele der Menschen, unmöglich. Aus diesen Widerstandserfahrungen den Willen nach mehr als einen sozial abgedeckten "rheinischen Kapitalismus" zu machen, muss in linker Intervention und gemeinsamen Kämpfen erarbeitet werden.

Daher: Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen von AEG, Gate Gourmet und des Öffentlichen Dienstes!

Der Opernball ist ein Symbol ihrer und unserer Unterwerfung. Versauen wir den Herrschenden ihre Party!